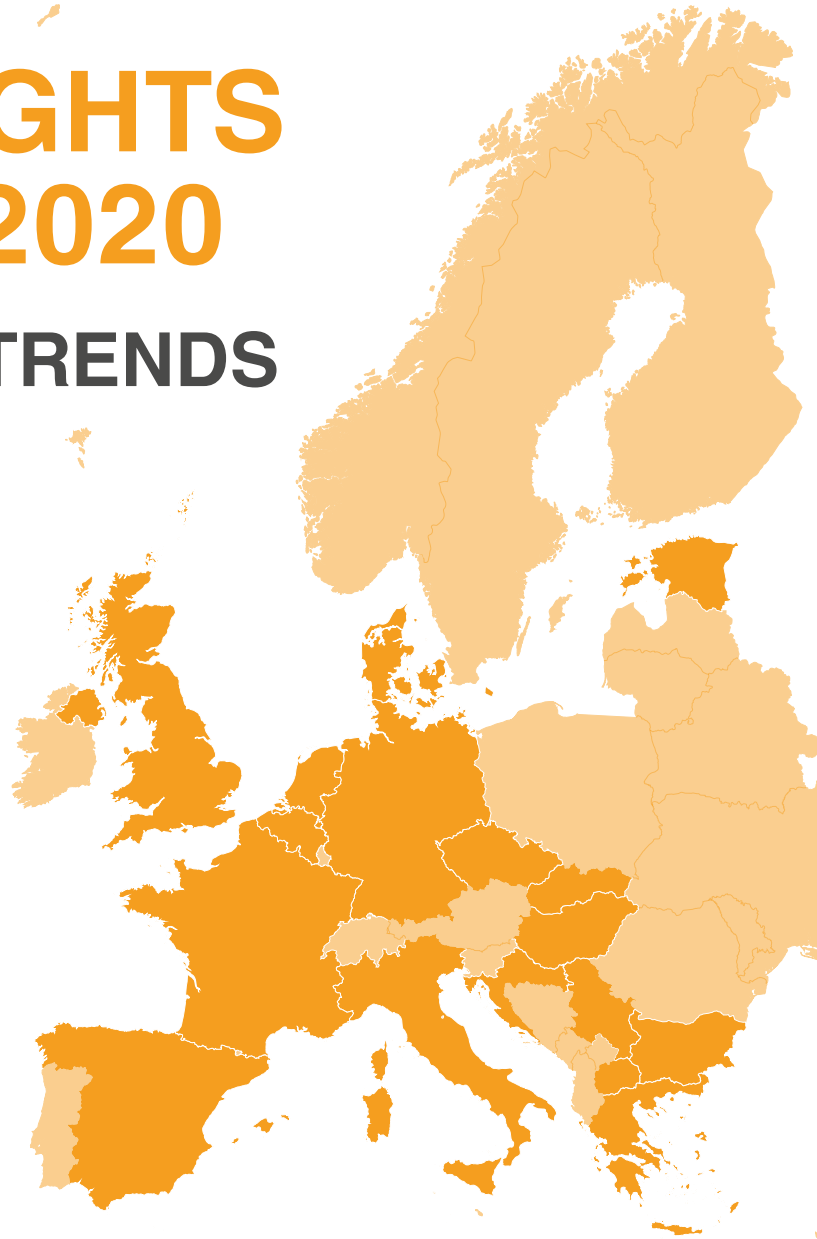


# SOCIAL RIGHTS MONITOR 2020

## EUROPÄISCHE TRENDS



**solidar**



TOGETHER FOR  
**social europe**

FEPS  
FOUNDATION FOR EUROPEAN  
PROGRESSIVE STUDIES



# EINLEITUNG

Die zweite Ausgabe des SOLIDAR Social Rights Monitor liefert einen Einblick in den Zustand der sozialen Rechte in unterschiedlichen europäischen Ländern. Diese Ausgabe betrachtet 14 Länder der Europäischen Union – Belgien, Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Dänemark, Estland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, die Slowakei, Spanien und die Niederlande; zwei Beitrittskandidaten – Serbien und Nordmazedonien; und ein weiteres Mitglied, das die EU im Jahr 2020 verlassen hat: das Vereinigte Königreich. Der Monitor 2020 bewertet den sozialen Zustand Europas im Hinblick auf Chancengleichheit, faire Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung, Inklusion und zivilgesellschaftliche Freiräume. Dies geschieht auf Grundlage von Beobachtungen der National Strategy Groups (NSG), die in allen 17 Ländern durch ein Mitglied oder einen Partner von SOLIDAR eingerichtet wurden. In diesen Gruppen bündelt sich das Know-How von Organisationen der Zivilgesellschaft und Experten in diesem Gebiet, gestützt durch statistische Daten und wissenschaftliche Erkenntnisse.

Inmitten einer globalen Pandemie sind Fragen der öffentlichen Gesundheit und wirtschaftliche Belange ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Auch soziale Rechte geraten infolge von Covid-19 und der eingeführten Gegenmaßnahmen massiv unter Druck. Unsere National Strategy Groups haben festgestellt, dass bestehende Ungleichheiten – im Hinblick auf

Einkommen, Arbeitsplatzsicherheit, Zugang zu Gesundheitsversorgung und grundlegenden Dienstleistungen – durch die Pandemie weiter verstärkt wurden. SOLIDAR befürchtet, dass der seit der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 erreichte Fortschritt nun mit dem Kampf gegen das Virus und die damit einhergehenden wirtschaftlichen Schäden zunichte gemacht werden wird. Es darf nicht unser Ziel sein, zur Normalität zurückzukehren. Wir müssen vielmehr nach einer neuen Normalität streben, einem Übergang zu einer gerechteren, nachhaltigeren, inklusiveren und für alle gleichberechtigteren Normalität. Die National Strategy Groups von SOLIDAR stellen warnend fest, dass die besorgniserregenden Trends, hin zu immer stärkeren Einschränkungen der zivilgesellschaftlichen Freiheiten, begleitet von Angriffen auf die freie Presse, sich im vergangenen Jahr fortgesetzt und verstärkt haben, teilweise unter dem Deckmantel von Maßnahmen gegen das Coronavirus.

Abschließend untersucht der Monitor 2020 den Grad, zu dem diese Themen in den länderspezifischen Empfehlungen des Prozesses zum Europäischen Semester berücksichtigt wurden. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Semesterprozess mit den Aufbau- und Resilienzplänen zusammengeführt wurde, halten wir es für immens wichtig, dass diese Empfehlungen den Mitgliedsstaaten eine Anleitung für einen nachhaltigen Wiederaufbau nach der Corona-Krise bieten.

	2018	2019
GINI-Index <sup>1</sup>	30,8	30,7
Arbeitslosigkeit <sup>2</sup>	6,8%	6,3%
Gleichstellungsindex <sup>3</sup>	67,4	67,9
Armut trotz Erwerbstätigkeit <sup>4</sup>	9,4%	9,2%
Überbelegung Wohnraum <sup>5</sup>	15,5%	15,6%

## Ausgewählte Indikatoren zum Zustand der sozialen Rechte in Europa

1 Eurostat (2020). Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens: [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?lang=en&dataset=ilc\\_di12](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?lang=en&dataset=ilc_di12)

2 Eurostat (2020). Arbeitslosigkeit nach Geschlecht und Alter: Jahresdaten: [https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=une\\_rt\\_a&lang=en](https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=une_rt_a&lang=en)

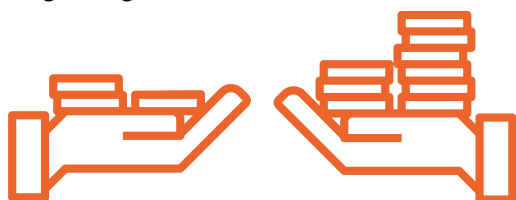
3 Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (2020). Gleichstellungsindex: <https://eige.europa.eu/gender-equality-index/2020/BE>

4 Eurostat (2020). Armutsquote trotz Erwerbstätigkeit: <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tespm070/default/table?lang=en>

5 Eurostat (2020). Überbelegungsquote nach Alter, Geschlecht und Armutsstatus – Gesamtbevölkerung: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc\\_lvho05a/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_lvho05a/default/table?lang=en)

# CHANCENGLEICHHEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

Im Social Rights Monitor 2019 konnten wir einige Verbesserungen der sozialen Bedingungen feststellen, auch wenn einige europäische Länder etwa in den Bereichen Beschäftigung und Gehaltsanstieg noch nicht wieder das Vorkrisenniveau von 2008 erreicht hatten. Im Monitor 2020 verzeichnen wir einige positive Entwicklungen, wie die Erhöhung des Mindestlohns in Spanien, Tschechien, Ungarn und der Slowakei. SOLIDAR-Partner in allen 17 Ländern beobachten dennoch mit Sorge, dass die Ungleichheit beim Einkommen sich weiter verstärkt. Die Zahlen bestätigen dies: Die Gini-Koeffizienten vieler Länder sind seit 2010 leicht gestiegen.<sup>6</sup>



Insgesamt berichten die National Strategy Groups keine wesentlichen Änderungen in der Besteuerung. Sie heben jedoch hervor, dass die steuerliche Belastung für Haushalte mit geringem Einkommen weiterhin hoch ist. Teilweise ist dieser Effekt auf eine pauschale Einkommensbesteuerung und einen relativ hohen Verbrauchssteueranteil zurückzuführen, insbesondere in Bulgarien, Tschechien, Estland, Griechenland und Ungarn. In Ländern, die weiterhin ein pauschales Besteuerungssystem anwenden, sind Haushalte mit geringem Einkommen unverhältnismäßig stark belastet; sie entrichten einen vergleichsweise hohen Anteil an Steuern auf ihre Einkommen. Von der jüngsten Steuerreform in Belgien profitieren zwar die Arbeitnehmer mit geringem Einkommen, Nichterwerbstätige wurden jedoch nicht berücksichtigt.

## BESCHÄFTIGUNG

Ende 2019 erreichte die Beschäftigungsrate in der EU-28-Region mit 69,5 % ein Allzeithoch.<sup>7</sup> Tatsächlich beobachteten die National Strategy Groups sogar einen Arbeitskräftemangel, insbesondere im Gesundheitswesen sowie im Bildungs- und Dienstleistungssektor. Die gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften ging jedoch nicht mit verbesserten Arbeitsbedingungen einher. Der Anstieg der Prekarität auf dem Arbeitsmarkt ist hierbei das dringlichste Problem, auf das alle National Strategy Groups hinweisen. Die Unsicherheit vieler Arbeitsplätze und die Prekarität auf dem Arbeitsmarkt waren bereits im SOLIDAR-Social Rights Monitor 2019 Thema. Die Covid-19 Krise hat uns die riskante Situation im Gesundheitswesen sowie im Bildungs- und Dienstleistungssektor schmerzhaft vor Augen geführt. Dieselben Probleme betreffen auch Erweiterungsländer wie Nordmazedonien, in denen die informelle Beschäftigung wesentlicher Bestandteil des Arbeitsmarkts ist.<sup>8</sup> In Serbien bezeichnet die NSG eine hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Abwanderung von Fachkräften als die wichtigsten mittel- bis langfristigen beschäftigungsrelevanten Herausforderungen.



6 Eurostat (2020). Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens: <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tesi190/default/table?lang=en>

7 Eurostat (2020). Beschäftigungsquoten nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit (%): [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/LFSQ\\_ERGAN\\_custom\\_160161/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/LFSQ_ERGAN_custom_160161/default/table?lang=en)

8 Europäische Kommission (2020) Arbeitsdokument der Kommission – Nordmazedonien Bericht 2020 [https://ec.europa.eu/neighborhood-enlargement/sites/near/files/north\\_macedonia\\_report\\_2020.pdf](https://ec.europa.eu/neighborhood-enlargement/sites/near/files/north_macedonia_report_2020.pdf)

Trotz der dünnen Datenlage aus jüngster Zeit ist nicht zu übersehen, dass die Coronakrise sich immens auf die Beschäftigung in fast alle europäischen Ländern ausgewirkt hat – und dieser Trend wird sich auch in absehbarer Zukunft fortsetzen. Seit Februar 2020 ist die Arbeitslosenquote in den 27 EU-Mitgliedstaaten um einen ganzen Prozentpunkt gestiegen: von 6,5 % der Bevölkerung auf 7,5 % (Stand September 2020). In Spanien, das zu den sowohl von der ersten als auch von der zweiten Pandemiewelle am stärksten betroffenen Ländern gehört, ist die Arbeitslosenquote seit Beginn der Krise um beinahe 3 Prozentpunkte gestiegen.<sup>9</sup> Hierbei sind einige Berufsgruppen deutlich härter getroffen als andere. Unsere National Strategy Groups berichten, dass beispielsweise das Gastgewerbe und der Tourismus als besonders stark betroffene Branche gleichzeitig einen überproportional hohen Anteil prekär Beschäftigter und Personen aus vulnerablen Gruppen aufweist: Frauen, junge Menschen und Migranten. Das Coronavirus und die in vielen Ländern verhängten Lockdown-Maßnahmen haben sich gerade hier besonders ungünstig ausgewirkt. Darüber hinaus stehen Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen, so dass sie bei eintretender Arbeitslosigkeit nicht ausreichend geschützt sind.

Zur Verhinderung von Massenentlassungen haben die meisten Regierungen Notfallmaßnahmen aufgelegt, unter anderem in Form von Kurzarbeitsprogrammen, die einen Teil der Gehälter der Arbeitnehmer abdecken. Der Erfolgsgrad dieser Konzepte beim Schutz der Einkommen und der zukünftigen Arbeitsplatzsicherheit variiert von Land zu Land. Auch der Prozentsatz des Gehaltsausgleichs unterscheidet sich: von 100 % in Irland bis hin zu lediglich 50 % des Mindestlohns in Polen.<sup>10</sup> Einige Länder haben Bedingungen an die Unterstützungsleistungen geknüpft, beispielsweise dürfen Unternehmen, die die Maßnahmen in Anspruch nehmen, keine Mitarbeiter entlassen.

## BILDUNG

Bei der Schulabbrecherquoten haben unsere National Strategy sehr unterschiedliche Beobachtungen dokumentiert: In einigen Ländern stellt der Schulabbruch ein zunehmendes Problem dar, andere Länder hingegen scheinen erfolgreicher mit dem Problem umzugehen. Insgesamt stellen wir einen positiven Trend fest: 2009 verließen noch 14,2 % der Schüler in der EU-28 die Schule ohne Abschluss, im Jahr 2019 betrug diese Zahl nur noch 10,3 %.<sup>11</sup> Ungeachtet dessen merken die NSGs an, dass in allen Ländern vulnerable Gruppen wie Roma und Schüler aus Haushalten mit geringem Einkommen nach wie vor mit höherer Wahrscheinlichkeit die Schule ohne Abschluss verlassen. Es zeigt sich auch weiterhin ein wesentlicher Unterschied zwischen den Geschlechtern, wobei es deutlich mehr männliche als weibliche Schulabbrecher gibt. Erfreulicherweise scheint diese Geschlechterlücke sich langsam zu schließen. Rückläufige Zahlen zeichnen sich auch bei den jungen Menschen ab, die weder die Schule besuchen noch eine Ausbildung absolvieren oder sich in einem Anstellungsverhältnis befinden (NEETs). Laut Eurostat 2020 fiel dieser Wert, der 2013 mit 15,9 % einen Höchststand erreicht hatte, auf 12,5% im Jahr 2019.<sup>12</sup>

Einige NSGs weisen auch auf den Mangel an qualifizierten Lehrkräften hin. Dieser wirkt sich negativ auf die Qualität der Schulbildung aus und schafft neue Ungleichheiten zwischen den Regionen, denn in einigen Gebieten herrscht größerer Mangel als in anderen. In einigen Ländern, wie beispielsweise Bulgarien, hat sich die Ungleichheit durch die Übertragung von Kompetenzen im Bildungsbereich auf die Kommunalbehörden noch weiter verschärft. Aufgrund der durch Covid-19 erforderlich gewordenen Fernunterrichtskonzepte haben sich zudem bereits bestehende sozioökonomische Ungleichheiten verstärkt. In mehreren Ländern, darunter Italien und Spanien, berichten

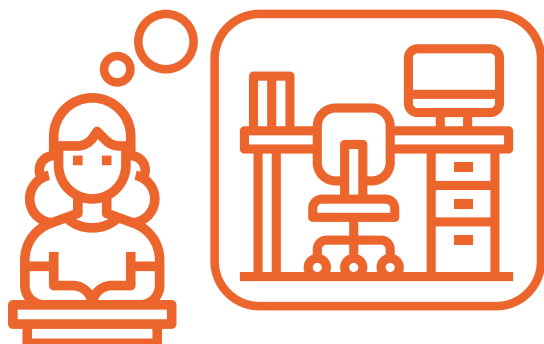
9 Eurostat (2020). Arbeitslosigkeit nach Geschlecht und Alter – monatliche Daten: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/une\\_rt\\_m/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/une_rt_m/default/table?lang=en)

10 ETUC (8. Mai 2020). Covid-19 Watch ETUC Briefing Note: Kurzarbeit: [https://www.etuc.org/sites/default/files/publication/file/2020-05/Covid\\_19%20Briefing%20Short%20Time%20Work%20Measures%2030%20April.pdf](https://www.etuc.org/sites/default/files/publication/file/2020-05/Covid_19%20Briefing%20Short%20Time%20Work%20Measures%2030%20April.pdf)

11 Eurostat (2020). Schul- und Ausbildungsabbrecher nach Geschlecht und Arbeitsstatus: <https://bit.ly/3lmdl6>

12 Eurostat (2020). Junge Menschen, die sich weder in einem Anstellungsverhältnis befinden noch die Schule besuchen oder eine Ausbildung absolvieren, nach Geschlecht (NEET): [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg\\_08\\_20/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg_08_20/default/table?lang=en)

Lehrkräfte, dass insbesondere Schüler aus Haushalten mit geringem Einkommen Schwierigkeiten haben, dem Online-Unterricht zu folgen, da ihnen häufig die technischen Mittel und ein ruhiges heimisches Lernumfeld fehlen.

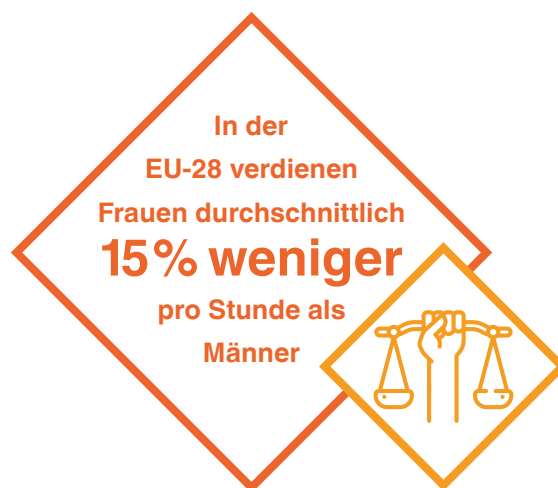


Dies steht in engem Zusammenhang mit einem weiteren akuten Problem: die mangelhaften IT-Kenntnisse vieler Europäer. Diese Herausforderung war bereits vor der Corona-Pandemie offenkundig. Unter Präsidentin Ursula von der Leyen hat die Europäische Kommission das Motto Ein Europa für das digitale Zeitalter zur Priorität erklärt. Dieses spielt beim Europäischen Semesterzyklus 2021 eine prominente Rolle und steht auch auf der Digital Skills Agenda.<sup>13</sup> Digitale Kenntnisse werden auf dem Arbeitsmarkt immer stärker nachgefragt, und durch Covid-19 sind sie für Millionen von Schülern zur grundlegenden Voraussetzung geworden, um dem Fernunterricht folgen zu können. Die Pandemie macht digitale Kenntnisse für die Arbeit im Home Office und für den Online-Zugriff der Bevölkerung auf staatliche Dienste unerlässlich.

## GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

Insgesamt hat sich die Geschlechtergleichstellung in den EU-28 leicht verbessert, der Gleichstellungsindex ist von 67,4 im Jahr 2019 auf 67,9 im Jahr 2020 gestiegen.<sup>14</sup> Nichtsdestotrotz sind die Fortschritte überschaubar, und unsere National Strategy Groups berichten,

dass die Implementierung der EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben nur schleppend vorangeht, mit großen Diskrepanzen zwischen den Mitgliedsstaaten. In den Bereichen Kinderbetreuung und Entgelttransparenz zeichnen sich einige positive Entwicklungen ab. Insgesamt ist es jedoch weiterhin so, dass die Gleichstellung der Geschlechter in den meisten europäischen Ländern nicht einheitlich verfolgt wird, und die NSGs kritisieren das Fehlen eines übergeordneten Rahmens.



Der geschlechtsspezifische Entgeltunterschied in der EU-28 ist von 17,1 % im Jahr 2010 auf 15 % im Jahr 2018 gesunken. Doch auch hier weisen die Länder große Unterschiede auf: Der Stundenlohn der Frauen liegt in Luxemburg durchschnittlich 1,4 % Prozent unter dem der Männer, in Estland beträgt dieser Unterschied hingegen 21,8 %.<sup>15</sup> Um sich ein umfassendes Bild von der geschlechtsspezifischen (Un)gleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu machen, ist auch die geschlechtsspezifische Beschäftigungslücke zu berücksichtigen. In Rumänien ist beispielsweise der Entgeltunterschied zwischen den Geschlechtern mit 2,2 % zwar relativ gering, die geschlechtsspezifische Beschäftigungslücke ist jedoch mit 19 % eine der höchsten in Europa.<sup>16</sup> Analog hierzu ist der Arbeitsmarkt in Dänemark stark fragmentiert, und Frauen sind im öffentlichen Dienst in den niedrig bezahlten Stellen überrepräsentiert.

<sup>13</sup> EU-Kommission (2020). Die Kommission stellt die Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz vor: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_20\\_1196](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_1196)

<sup>14</sup> EIGE (2020). Gleichstellungsindex: <https://eige.europa.eu/gender-equality-index/2020>

<sup>15</sup> Eurostat (2020). Geschlechtsspezifischer Entgeltunterschied, unbereinigt: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg\\_05\\_20/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg_05_20/default/table?lang=en)

<sup>16</sup> Eurostat (2020). Geschlechtsspezifischer Entgeltunterschied: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg\\_05\\_30/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/sdg_05_30/default/table?lang=en)

# SOZIALE ABSICHERUNG UND INKLUSION

Seit 2013 fallen die staatlichen Ausgaben<sup>17</sup> für soziale Absicherung<sup>18</sup> in Prozent vom BIP kontinuierlich. In der Zeit vor der Corona-Pandemie verzeichneten wir bei der Quote der von Armut bedrohten Menschen im Jahr 2019 einen leichten Rückgang auf 16,8 %.<sup>19</sup> Dieser Rückgang ist im Wesentlichen dem steigenden Beschäftigungsniveau geschuldet und gilt demnach hauptsächlich für Erwerbstätige. Doch tatsächlich gibt es signifikante Diskrepanzen zwischen den sozialen Gruppen. Unsere NSGs führen uns vor Augen, dass Mindesteinkommensgesetze und Armutsbekämpfungsmaßnahmen in vielen Staaten nicht ausreichen, um Menschen aus der Armut zu holen. In Griechenland und Ungarn ist die Finanzierung der Sozialversicherung mit der Absenkung des Arbeitgeberbeitrags unter Druck geraten. Wir sehen jedoch auch hier einige positive Entwicklungen, wie beispielsweise die Einführung neuer Regelungen des Mindesteinkommens in Spanien<sup>20</sup> und Italien<sup>21</sup>.



## INKLUSION VON MIGRANTEN UND MINDERHEITEN

Beschäftigung ist und bleibt ein grundlegender Pfeiler der Inklusion von Migranten und Minderheiten, sowohl in vielen Mitgliedsstaaten als auch für die EU-Kommission. Gleichzeitig

bezeichnen unsere National Strategy Groups die Sprachbarriere als das größte Problem: Es erschwert den Neuankömmlingen nicht nur den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Gesundheitsversorgung, sondern auch zum Arbeitsmarkt. Organisationen der Zivilgesellschaft spielen hier eine entscheidende Rolle, indem sie teilweise von den (nationalen) Regierungen vernachlässigte Aufgaben übernehmen, wie beispielsweise für das Angebot von Sprachkursen und den erleichterten Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Wohnraum zu sorgen. Deshalb ist es umso besorgniserregender, dass die Mitglieder von SOLIDAR und Partnerorganisationen einen Anstieg bei den Angriffen auf Organisationen verzeichnen, die mit Migranten arbeiten, insbesondere in Griechenland, Ungarn, Kroatien und Bulgarien.

## WOHNRAUM

Der Mangel an adäquatem und bezahlbarem Wohnraum ist laut unseren NSGs weiterhin eines der drängendsten sozialen Probleme: 15,6 % aller Europäer leben in überbelegten Wohnungen; 10,1 % leben in Haushalten, in denen die Wohnungskosten mehr als 40 % des verfügbaren Einkommens beanspruchen.<sup>22,23</sup> Diese Probleme betreffen Mieter und Haushalte mit geringem Einkommen stärker als Eigentümer von Immobilien. Zwischen einzelnen Ländern liegen große Unterschiede: In Malta sind etwa nur 1,7 % der Haushalte überproportional durch Kosten für Wohnraum belastet, in Griechenland hingegen beträgt dieser Anteil 39,5%.<sup>24</sup> Die Verfügbarkeit

17 Eurostat (2020). Ausgaben zur sozialen Absicherung <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tps00098/default/table?lang=en>

18 Eurostat (2020). Soziale Absicherung, Nettolohnleistungen: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/SPR\\_NET\\_BEN\\_cus-tom\\_166174/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/SPR_NET_BEN_cus-tom_166174/default/table?lang=en)

19 Eurostat (2020). Armutsquoten nach Armutsgrenze, Alter und Geschlecht - EU-SILC- und ECHP-Umfragen: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc\\_li02/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_li02/default/table?lang=en)

20 State Official Newsletter (2020). Royal Decree-Law 20/2020 zum Mindesteinkommen: <https://www.boe.es/eli/es/rdl/2020/05/29/20/con>

21 Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik (2020) Reddito di Cittadinanza <https://www.redditodicittadinanza.gov.it/>

22 Eurostat (2020). Überbelegungsquote, nach Geschlecht - EU-SILC-Umfrage: <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tessi170/default/table?lang=en>

23 Eurostat (2020). Überbelastungsquote durch Wohnkosten, nach Geschlecht - EU-SILC-Umfrage: <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tessi160/default/table?lang=en>

24 Eurostat (2018). Wohnraumstatistiken: [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Housing\\_statistics](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Housing_statistics)





von Sozialwohnungen lässt ebenfalls vieles zu wünschen übrig: In der belgischen Region Flandern war 2016 die Anzahl der Bewerber auf den Warteliste genauso hoch wie die Anzahl der bereits belegten Sozialwohnungen. Darüber hinaus haben unsere National Strategy Groups deutliche regionale Unterschiede festgestellt. In Städten und touristischen Gegenden sind die Wohnkosten im Verhältnis zum Einkommen besonders stark angestiegen.

## GESUNDHEITSVERSORGUNG

Die Gesundheitssysteme aller europäischen Länder haben seit Beginn der Corona-Pandemie einen nie dagewesenen Versorgungsbedarf zu erfüllen. Mit insgesamt über 9 Millionen Covid-19 Infizierten in der EU / im EWR und im Vereinigten Königreich<sup>25</sup> sind die europäischen Gesundheitssysteme und das medizinische Personal unter immensen Druck geraten. Dies hat zugrundeliegende Probleme wie Finanzierungs- und Personalengpässe auf das Schärfste in den Fokus gerückt und das Leben von vulnerablen Gruppen stark betroffen.

Zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Pandemie waren die Gesundheitssysteme vieler Länder nach mehr als einem Jahrzehnt der

Kosteneinsparungen und Kürzungen bereits deutlich geschwächt. Mit der Finanzkrise im Jahr 2008 waren Investitionen in öffentliche Dienstleistungen heruntergefahren worden – einschließlich der Gesundheitsversorgung. Aufgrund seiner Größe wurde dieser Sektor zur Zielscheibe von Kürzungen. Um das Effizienzpotential auszuschöpfen, wurde die Anzahl der verfügbaren Krankenhausbetten in der EU-28 im Hinblick auf erwartete Effizienzsteigerungen über ein Jahrzehnt lang immer weiter reduziert.<sup>26</sup> Bereits im Social Rights Monitor 2019 äußerten Mitglieder und Partner von SOLIDAR Bedenken hinsichtlich des Mangels an qualifiziertem medizinischem Personal in mehreren Ländern.

Auch die regionalen Unterschiede bei der Verfügbarkeit und Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgung in einigen Ländern, wie beispielsweise Frankreich, Belgien, Kroatien und Serbien, wird von mehreren National Strategy Groups mit Besorgnis beobachtet. Die Gründe hierfür sind im Wesentlichen der Mangel an qualifiziertem medizinischen Personal oder auch die fehlende regionale Verwaltung der Gesundheitsversorgung und ihrer Infrastruktur. Unsere National Strategy Groups in Bulgarien, Dänemark, Estland, Deutschland und Italien berichten, dass die Sprachbarriere für Migranten und Minderheiten nach wie vor das größte Hindernis für den Zugang zur Gesundheitsversorgung darstellt. In Bulgarien, Frankreich, Griechenland und Spanien stellen verwaltungsbedingte Hürden einen weiteren Komplikationsfaktor dar.



<sup>25</sup> Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (2020). COVID-19 Situationsupdate für die EU / den EWR und das Vereinigte Königreich, 8. November 2020: <https://www.ecdc.europa.eu/en/cases-2019-ncov-eueea>

<sup>26</sup> Eurostat (2020). Krankenhausbetten nach Versorgungstyp: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/HLTH\\_RS\\_BDS\\_custom\\_177966/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/HLTH_RS_BDS_custom_177966/default/table?lang=en)

# ZIVILGESELLSCHAFTLICHE FREIRÄUME

Die Beeinträchtigung der zivilgesellschaftlichen Freiräume in ganz Europa ist ein besorgniserregender Trend. Mitglieder und Partner von SOLIDAR berichten einen Rückgang der finanziellen Unterstützung für Organisationen der Zivilgesellschaft (CSO) sowie die verschärfte Prüfung und Besteuerung in einigen Ländern, auch in Deutschland. CSOs, die mit Migranten arbeiten, sind verstärkt sowohl finanziellen als auch rechtlichen Angriffen sowohl durch staatliche Stellen als auch durch extremistische Gruppierungen ausgesetzt.

Im Bemühen, das Covid-19 Virus einzudämmen, haben viele Regierungen weltweit die Versammlungsfreiheit eingeschränkt und öffentliche Versammlungen untersagt oder in der Größe beschränkt. Wenngleich dies im Zusammenhang mit der Pandemie verständlich ist, sind die Auswirkungen auf das Demonstrationsrecht unter Umständen nicht gerechtfertigt, insbesondere in Anbetracht der oft deutlich weniger drakonischen Maßnahmen, die für Wirtschaftsunternehmen gelten. Während der Corona-Pandemie sind auch die Zuständigkeiten der Sozialpartner durch einseitige, ohne (adäquate) Konsultation der Gewerkschaften

und Arbeitnehmerverbände getroffene staatliche Entscheidungen zu Beschäftigungsfragen unterminiert worden. In Frankreich haben Gewerkschaften erstmals im Frühjahr die Beteiligung an Verhandlungen zur Telearbeit gefordert. Im November wurden schließlich entsprechende Gespräche aufgenommen.

Zusätzlich ist die Pressearbeit durch fortlaufende Angriffe sowohl staatlicher Akteure als auch extrem rechter Gruppierungen auf die Medien bedroht. In den Niederlanden blieb dem staatlichen Rundfunk nach wiederholten Drohungen und Angriffen durch rechtsextreme Verschwörungstheoretiker nichts anderes übrig, als das Logo des Senders von den Übertragungswagen zu entfernen.<sup>27</sup> Auch wenn einige europäische Länder nach wie vor eine relativ weitgehende Freiheit der Presse genießen, ist der freie Journalismus in Europa laut der Organisation Reporter Ohne Grenzen durch „antiliberales Demokratien“ und den „Kampf gegen den Terrorismus“ akut bedroht, insbesondere in Südeuropa.<sup>28</sup> Die Konzentration der Medien in den Händen einiger weniger einflussreicher Medien schränkt die Pressefreiheit in diesen Ländern noch weiter ein.



27 NOS (2020). NOS haalt na aanhoudende bedreigingen logo van satellietwagens: <https://nos.nl/artikel/2352452-nos-haalt-na-aanhoudende-bedreigingen-logo-van-satellietwagens.html>

28 Reporter ohne Grenzen (2020). Europa - Zentralasien <https://rsf.org/en/europe-central-asia>



# VERGLEICH MIT DEN LÄNDER-SPEZIFISCHEN EMPFEHLUNGEN

Die länderspezifischen Empfehlungen für 2020 wurden im Mai veröffentlicht, auf der Höhe der ersten Pandemiewelle. Entsprechend ist es wenig überraschend, dass viele der Empfehlungen sich stark auf eine Eindämmung der ersten unmittelbaren Auswirkungen des Coronavirus auf die Gesundheitssysteme und die Wirtschaft konzentrieren. Wir begrüßen, dass die Europäische Kommission für die Mehrzahl der vom Social Rights Monitor erfassten Länder eine Stärkung der sozialen Sicherungsnetze empfiehlt, unter anderem für atypische Beschäftigte (Italien) und Selbständige (Niederlande). Die sozioökonomischen

Auswirkungen dieser Krise gehen jedoch weit über die Einkommensebene hinaus. Unsere National Strategy Groups berichten, dass Covid-19 alle Aspekte der sozialen Rechte stark beeinflusst, von Beschäftigung bis Bildung und von Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen zu zivilgesellschaftlichen Freiräumen. Je deutlicher sich herauskristallisiert, dass das Coronavirus unsere Gesellschaft auch in der absehbaren Zukunft betreffen wird, desto mehr sieht SOLIDAR den Bedarf nach einem breiter gefächerten Ansatz, um den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen zu begegnen.



FEPS  
FOUNDATION FOR EUROPEAN  
PROGRESSIVE STUDIES



SOLIDAR ist ein europäisches Netzwerk von über 50 Organisationen der Zivilgesellschaft, die mehrere Millionen Bürger in Europa und in der Welt vertreten. SOLIDAR ist das Sprachrohr für die Werte seiner Mitgliedsorganisationen in den drei politischen Hauptbereiche Sozialwesen, internationale Zusammenarbeit und lebenslanges Lernen bei der EU und den internationalen Institutionen. Weitere Informationen unter [www.solidar.org](http://www.solidar.org)

## SOLIDAR

Avenue des Arts, 50  
1000 Brüssel - Belgien  
+32 2 500 10 20  
[www.solidar.org](http://www.solidar.org)  
@SOLIDAR\_EU

Die Foundation for European Progressive Studies (FEPS) ist der Think-Tank der sozialdemokratischen politischen Familie auf EU-Ebene. Ihre Mission ist es, die Entwicklung innovativer Forschung, politischer Beratung, Fortbildung und Diskussionen anzustoßen und progressive politische Konzepte in ganz Europa zu unterstützen. Die FEPS fungiert als kreatives Zentrum, das die Erarbeitung progressiver Antworten auf die aktuellen Herausforderungen in Europa fördert. Aktuell stützt sich die FEPS auf ein solides Netzwerk mit 68 Mitgliedsorganisationen. Davon sind 43 Vollmitglieder, 20 haben Beobachterstatus und 5 sind Mitglieder von Amts wegen. Zusätzlich zu diesem Netzwerk aus Organisationen, die sich für die Förderung progressiver Werte einsetzen, verfügt die FEPS über ein umfangreiches Netzwerk von Partnern, darunter renommierte Universitäten, Wissenschaftler, politische Entscheidungsträger und Aktivisten.

## FEPS

Avenue des Arts, 46  
1000 Brüssel - Belgien  
+32 2 234 69 00  
[info@feeps-europe.eu](mailto:info@feeps-europe.eu)  
[www.feeps-europe.eu](http://www.feeps-europe.eu)  
@FEPS\_Europe

Der SOLIDAR Social Rights Monitor 2020 wurde im Rahmen des durch das EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) kofinanzierte Programm Together for Social Europe erstellt. Er bietet Einblick in den Status der sozialen Rechte in 17 europäischen Ländern. Der Monitor bewertet anhand der Beobachtungen zivilgesellschaftlicher Organisationen vor Ort sowie statistischer Daten und wissenschaftlicher Erkenntnisse den sozialpolitischen Zustand Europas im Hinblick auf Chancengleichheit, faire Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung, Inklusion und zivilgesellschaftliche Freiräume. Dies geschieht auf Grundlage von Beobachtungen der National Strategy Groups (NSG), die in allen 17 Ländern durch ein Mitglied oder einen Partner von SOLIDAR eingerichtet wurden.

Darüber hinaus analysiert der Monitor 2020, in welchem Umfang diese Aspekte in den länderspezifischen Empfehlungen des Prozesses zum Europäischen Semester auf dem Weg zu einer nachhaltigen Erholung nach der Covid-19 Krise berücksichtigt werden.

**VERANTWORTLICHER REDAKTEUR:**

Mikael Leyi

**AUTORIN:**

Jedde Hollewijn

**KOORDINATION DER VERÖFFENTLICHUNG:**

Carlos Roldán Mejías, Violeta Meotto,  
Jedde Hollewijn, Julie Martinaud

**REDAKTION:**

Sebastian Moffett, David Rinaldi, Euléane Omez

**ÜBERSETZUNG AUS DEM ENGLISCHEN:**

TL TRANSLATIONES GmbH

**GRAFIKDESIGN:**

Maximilian Fischer

**BEITRÄGE VON:**

Pour La Solidarité, ISI, Centre for Peace Studies,  
MKC Praha, Nyt Europa, Johannes Mihkelson Centre,  
CEMEA France, La Ligue de l'Enseignement, Willi-  
Eichler-Akademie, ARSIS, PGA-Hungary, ARCI, CDI,  
Humanitas, IDC, AOPSS, MPDL, VolontEurope



Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen spiegeln nicht notwendigerweise die Haltung oder Meinung der Europäischen Kommission wider.

**solidar**

 **TOGETHER FOR  
SOCIAL EUROPE**

**FEPS**  
FOUNDATION FOR EUROPEAN  
PROGRESSIVE STUDIES



© FEPS 2020

© SOLIDAR 2020

